

27.06.2009, Al-Jazeera

Strenge Gesetze für ausländische Arbeitskräfte

Wendet sich Libyen von Arabern und Afrikanern ab?

von Khaled Al-Maheer, Tripolis

Die Volksrepublik Libyen sieht sich selbst als "Land aller Araber und Afrikaner". Doch nun wendet das Land strenge Gesetze für die Ein- und Ausreise ausländischer Arbeitskräfte an. Dies wirft Fragen darüber auf, welche Politik Libyen künftig gegenüber Arabern und Afrikanern verfolgen wird.

Offizielle libysche Statistiken schätzen die Zahl der sich regulär im Lande aufhaltenden ausländischen Arbeitskräfte auf ca. 209.226, davon 196.607 Männer und 12.619 Frauen. Die Zahl der nicht in der Wirtschaft arbeitenden Personen beträgt 74.819, davon 21.267 Männer und 53.552 Frauen. Demgegenüber liegt die Zahl derer, die nicht bei der Behörde für Arbeitskräfte offiziell registriert sind, um ein Vielfaches höher.

Libyen als Polizeistation

Beobachter glauben, die jüngsten Beschlüsse gehörten zu den Schritten, die zur Rehabilitierung Libyens in seinen Beziehungen mit dem Westen gefordert waren; womit das Land zum Barrierestaat für illegale Arbeitskräfte und zu einer "Polizeistation" werde.

Ferner glauben sie, dass das libysche Beharren auf der Umsetzung der Beschlüsse "Probleme hervorbringen werde" zwischen der Volksrepublik einer- und den Arabern und Afrikanern andererseits zu einem Zeitpunkt, da der libysche Staatsführer Muammar Al-Gaddafi den Vorsitz sowohl der Afrikanischen Union als auch des nächsten arabischen Gipfels übernimmt.

Dies veranlasste den Sprecher des libyschen Außenministeriums, Abdelmajeed Al-Darsi, zu versichern, die Politik Libyens gegenüber seinen arabischen und afrikanischen Brüdern sei beständig und bleibe es auch.

Gegenüber aljazeera.net sagte Al-Darsi, das Hauptziel des Beschlusses zur Regulierung des Arbeitsmarktes sei, das Sechste Gesetz von 1987, zur Regelung und Erleichterung der Maßnahmen zur Ein- und Ausreise sowie zum Aufenthalt, umzusetzen.

Der stellvertretende ägyptische Generalkonsul in der Stadt Bengasi, Sameh Abdelhadi, wünscht sich indes, die libyschen Behörden mögen in der Sache keine endgültigen und einseitigen Beschlüsse fassen, bevor sie sich nicht mit "ihren ägyptischen Brüdern" beraten hätten.

Er versicherte, Libyen sei ein souveräner Staat, und die Autoritäten seines Landes respektierten "jeden Beschluss zum Wohle des libyschen Volkes".

Auf die Frage von aljazeera.net, ob der Beschluss eine neue Marschroute Libyens und eine Veränderung seiner Politik gegenüber seinen arabischen und afrikanischen Brüdern darstelle, entgegnete der ägyptische Diplomat, diese Frage solle man "der klugen libyschen Führung" stellen.

Die Ägypter bilden mit einem Anteil von 70 % die größte Gruppe der ausländischen Arbeitskräfte in Libyen. Ihre Zahl liegt bei etwa einer Million Arbeitern, die in vielen verschiedenen Berufen tätig sind.

Der politische Analyst Zahi Al-Mughairibi unterstrich seinerseits, wie wichtig der Beschluss sei. Er verwies darauf, dass die frühere Art und Weise, die Grenzen zu öffnen, in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht negative Auswirkungen gehabt hätte.

Im Gespräch mit Al-Jazeera verortete er das Problem in der Art, wie die neuen Regeln angewandt würden, denn es gäbe hunderttausende ausländische Arbeitskräfte, die gemäß der alten Regeln in Libyen eingereist wären. Von daher, so Al-Mughairibi, "ist es unlogisch, Ausreisegebühren zu verhängen, die es nach den alten Gesetzen nicht gegeben hat." Al-Mughairibi rief dazu auf, solche Gebühren bei neu eintreffenden Arbeitskräften zu erheben.

Sicherer Zufluchtsort

Al-Mughairibi formulierte allerdings die Bedingung, solche Beschlüsse müssten sich auf eine ausführliche Prüfung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Situation im Lande stützen. Sie müssten sich durch Klarheit und Beständigkeit auszeichnen und dürften nicht politischen Veränderungen und internationalen Umständen unterliegen. Das Hauptziel müsse vielmehr sein, dem nationalen libyschen Interesse zur Geltung zu verhelfen.

Der politische Analyst Fathi Al-Baaji sagte, die libyschen Autoritäten hätten vor kurzem begriffen, wie gefährlich es sei, wenn Libyen zu einem Zufluchtsort für diejenigen werde, die vor der Justiz in ihren Heimatländern geflohen seien.

Al-Baaji fügte hinzu, die Politik des "Lands für alle" (womit Libyen gemeint ist) habe eine Gelegenheit für Kriminelle, Schmuggler und Abtrünnige geschaffen unterzutauchen, und zwar ohne Hemmnisse oder Kontrollen. Libyen habe jedoch gemerkt, dass von diesen grenzüberschreitenden Menschenmengen teils eine Gefahr ausgeht, die möglicherweise das System selbst bedroht.

Im Gespräch mit aljazeera.net wies Al-Baaji darauf hin, dass die libyschen Autoritäten die Gefahr bemerkt hätten, nachdem er die Möglichkeit aufgezeigt hätte, dass sich Teile des libyschen Territoriums in eine Basis "für bewaffnete Bewegungen" verwandelten, die terrorverdächtig seien, womöglich Nachbarländer destabilisierten und "vielleicht sogar die Grundfesten unseres Systems erschüttern". Al-Baaji unterstrich, der Beschluss zu den Arbeitskräften sei eher politischer und sicherheitsmäßiger als organisatorischer Natur.

Der Professor für Politologie machte den Staat für die Leiden jener Menschen verantwortlich, die früher über seine Grenzen gekommen seien, ohne dass Bedingungen für den Aufenthalt, das Arbeiten und die Freizügigkeit aufgestellt worden wären. Er betonte, dass viele der "illegalen" Arbeitskräfte eingereist wären, ohne Rassismus, Fanatismus oder Diskriminierung irgendwelcher Art erfahren zu haben.

Währenddessen warnte der Publizist Abdelmutlib Al-Rishi in der Zeitung "Quryna", welche dem Sohn Al-Gaddafis, Saif Al-Islam, nahesteht, vor den politischen und sicherheitsbezogenen Auswirkungen des Beschlusses. Al-Rishi rief dazu auf, sich bei der Umsetzung der Beschlüsse zu koordinieren und zu beraten.

Gegenüber aljazeera.net schloss Al-Rishi aus, dass der Beschluss den Beginn einer neuen Phase und eine Veränderung der libyschen Politik gegenüber Arabern und Afrikanern markiere.